

Ortlieb, Heinz-Dietrich

**Article — Digitized Version**

## Wirtschaftswachstum oder Preisstabilität?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ortlieb, Heinz-Dietrich (1967) : Wirtschaftswachstum oder Preisstabilität?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 1, pp. 5-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133664>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Wirtschaftswachstum oder Preisstabilität?

Gesamtwirtschaftliche Analysen, aus denen prognostische Folgerungen und therapeutische Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik gezogen werden können und sollen, haben es in sich. Werden sie von einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen, so können solche Analysen Reaktionen auslösen, die nicht selten der empfohlenen Therapie im Wege stehen. Dadurch sehen sich wirtschaftswissenschaftliche Institute und wirtschaftspolitisch als kompetent geltende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in ihren Prognosen, mit denen sie sich um wirklichkeitsnahe und praktikable Therapien bemühen wollen, gehemmt. Sie fühlen sich gelegentlich geradezu verpflichtet, ihren pessimistischen Voraussagen mindestens in den Formulierungen Zügel anzulegen. Dies gilt besonders, wenn gesamtwirtschaftlich so relevante Fragen wie Wachstum und Geldwertstabilität zur Diskussion stehen. — Solche psychologischen Bedenken mögen auch bei der Behauptung im Spiel gewesen sein, die kürzlich der Präses der Handelskammer Hamburg aufgestellt hat, als er in seiner eindrucksvollen Rede vor der „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmannes zu Hamburg“ am Jahresende 1966 meinte, es gäbe bei uns keinen Zielkonflikt zwischen Stabilität und Wachstum.

Läßt man die umfangreiche Literatur Revue passieren, die im letzten Jahrzehnt über die Frage nach der Vereinbarkeit von wirtschaftlichem Wachstum und Geldwertstabilität erschienen ist, so kann man als Ergebnis der literarischen Diskussion feststellen, daß zwar unter den Voraussetzungen bestimmter theoretischer Modelle eine solche Vereinbarkeit zu bejahen ist, daß aber unter den praktisch gegebenen institutionellen Bedingungen der westlichen Industrieländer mehr oder weniger überall jener Zielkonflikt entsteht. Da aus verschiedenen Motiven im Zweifel Wachstum und Vollbeschäftigung praktisch immer der Vorzug vor der Geldwertstabilität gegeben wird, tritt der Zielkonflikt in Gestalt der schleichenden Inflation überall sichtbar in Erscheinung. — Nachfrage und Gewinnerwartung sind nun einmal in der Marktwirtschaft die treibenden Kräfte eines wirtschaftlich expansiv wirkenden technischen und organisatorischen Fortschritts. Sie zu drosseln, muß alsbald auf das wirtschaftliche Wachstum zurückschlagen. Gleichzeitig muß beachtet werden, daß allzu viel Sparsamkeit (Konsumverzicht) zwar reichlich Einkommen für produktive Anlagen freisetzt, daß sie aber ebenfalls Nachfrageschwund auf vielen Märkten mit sich bringt und daß dies die Bereitschaft der Unternehmer beeinträchtigen kann, mit ausreichenden Investitionen über die bereitgestellten Sparbeträge zu verfügen. So ist es nicht erstaunlich, daß man im Laufe der letzten Jahrzehnte die praktische Lösung darin gesucht hat, einen leichten Nachfrageüberhang, also auch ein Zuwenig an freiwilligem Sparen, und damit eine ständige langsame Steigerung des Preisniveaus als kleineres Übel für die Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums in Kauf zu nehmen.

Die Frage ist nur: wie weit man mit solchen Zugeständnissen gehen kann; wann eine Geldentwertung die Wirtschaftsrechnung, d. h. die Rationalität wirtschaftlicher Entscheidungen, zu gefährden beginnt; wann sie sogar selbstinduktive Wirkungen zeigt, die, weil nicht mehr aufzuhalten, zur galoppierenden Inflation und damit zur unumstrittenen Gefährdung jeder wirtschaftlichen Rationalität führen muß; und ob und wie weit man die Folgen, die jede Geldentwertung für die Einkommens- und Vermögensverteilung hat, in Kauf nehmen will. Zweifellos werden

Stärke und Lösbarkeit des genannten Zielkonflikts im konkreten Einzelfall sehr verschieden sein können. Das hängt nicht nur davon ab, ob eine Regierung überhaupt zu einer rationalen Wirtschaftspolitik bereit und fähig ist; entscheidend ist außerdem, auf welche anderen ökonomischen und metaökonomischen Ziele sie Rücksicht nehmen muß und wie umfangreich und differenziert das wirtschaftspolitische Instrumentarium ist, das sie anwenden kann.

Die Situation in der Bundesrepublik ist nun dadurch gekennzeichnet, daß sich über allzu viele Jahre ein Nachholbedarf öffentlicher Investitionen aufgestaut hat, dessen baldige Berücksichtigung für das künftige Wachstum notwendig ist. Da man es außerdem nicht verstanden hat, Zureichendes für die Transparenz unserer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu tun und durch wirksame Anpassungsinterventionen in verschiedenen Teilbereichen der Wirtschaft Strukturwandlungen unter Kontrolle zu halten, lassen sich die fehlenden Mittel für die notwendigen öffentlichen Investitionen nicht von heute auf morgen gewinnen, schon gar nicht aus dem Abbau bisheriger Subventionen. Eine allzu rigorose Streichung dieser Subventionen ohne vorhergehende oder gleichzeitige konstruktive Maßnahmen hätten politische und zum Teil auch wirtschaftliche Folgen, die eine demokratische Regierung nicht ohne weiteres riskieren kann. Auch läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, ob nicht manche der unterbliebenen konstruktiven Anpassungsinterventionen, wenn man mit ihrer Hilfe jetzt wirklich Strukturkrisen beseitigen will, für die ersten Jahre mehr finanzielle Mittel erfordern als die Fortführung jener Stützungshilfen, mit denen man bisher nichts beseitigt, sondern die Lösung nur vor sich hergeschoben hat. Und selbst die wachsende Neigung der Finanzminister, öffentliche Investitionen durch Anleihen zu finanzieren, ist als Ausweg nur in eng bemessenen Grenzen ungefährlich. Denn Anleihen bleiben bei dem gegenwärtigen und zukünftigen Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen entweder „ein Tropfen auf den heißen Stein“ oder, wenn sie wirklich zu Buche schlugen, müßten sie unseren Kapitalmarkt mehr noch durcheinanderbringen, als es in der Vergangenheit schon geschehen ist. — So werden sich Steuererhöhungen vielleicht in einem Umfang als unvermeidlich erweisen, von dem noch niemand heute eine rechte Vorstellung hat.

Werden Steuererhöhungen aber gerade zu einem Zeitpunkt eingeführt, in dem Wachstumsschwierigkeiten aufgetreten sind, so muß sich (unter Verhältnissen wie den unseren) dadurch der Zielkonflikt noch verschärfen. Es kann dann sogar fraglich werden, ob man überhaupt eine Wahlmöglichkeit hat und ob man — wie es Erich Mende als Oppositionsführer zum Jahresbeginn glaubte tun zu müssen — die Devise ausgeben kann: „Nicht Stabilität durch Wachstum, sondern Wachstum durch Stabilität!“ Denn: wie werden Konsumenten und Produzenten auf Steuererhöhungen reagieren? — Zwei Fälle sind denkbar — je nachdem, ob man der Preisstabilität oder dem Wachstum den Vorzug geben will —, auf die sehr unterschiedlich reagiert werden würde: Beim Ziel der Preisstabilität müßte man mit Kreditverknappung, Krisenfurcht und leichter Unterbeschäftigung zu arbeiten versuchen. Dann würden sich die Konsumenten bereit finden, ihre zusätzlichen Abgaben an den Staat aus ihrem Konsumeinkommen und nicht aus ihrem Spareinkommen zu bezahlen, und die Produzenten würden geringere Chancen haben, die erhöhten Steuern über die Preise auf ihre Kunden abzuwälzen. Aber muß das nicht — wie wir es bereits erleben — sehr bald zur Schrumpfung der Investitionen und damit zu Insolvenzen und gefährlichem Ansteigen der Arbeitslosenziffern führen? Wobei immer noch die preissenkende Wirkung fraglich bliebe. Ist dann nicht die weitere Folge: Sinken der Steuereinnahmen und damit eine verminderte Chance, die versäumten öffentlichen Investitionen nachzuholen? Beim Ziel des wirtschaftlichen Wachstums würde es darauf ankommen, durch Krediterleichterungen und mittelfristige Investitionspläne der öffentlichen Hände wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft zu schaffen. Dann wäre es aber sehr fraglich, ob die Konsumenten ihre zusätzlichen Steuerlasten nicht in erheblichem Umfang auf Kosten ihrer bisherigen oder sonst beabsichtigten Sparleistungen tragen würden, wodurch eine Überwälzung der Steuern auf die Preise gefördert würde. Dann müßte allerdings auf eine Minderung unserer schleichenden Inflation verzichtet werden (vgl. auch den Beitrag auf Seite 27).

Wohl könnte eine Regierung, die bloß verstärkte Wachstumsinvestitionen durchzuführen hätte und nicht wie die unsrige obendrein noch mit der Bereinigung von Strukturkrisen belastet wäre, manches tun, um durch differenzierte und gezielte Maßnahmen trotz steigender Staatsausgaben und privater Investitionsbereitschaft den inflatorischen Trend zu bremsen. Dazu müßte sie aber über einen besseren Durchblick durch alle Wirtschaftsbereiche und ein reichhaltiger ausgebautes wirtschaftspolitisches Instrumentarium verfügen, als unsere Bundesregierung sie heute schon besitzt. Dazu müßte sie schon jetzt mit einer mittelfristigen Finanzplanung arbeiten können, die differenziert und beweglich genug wäre, um u. a. die Kapazitätsausnutzung der einzelnen Wirtschaftszweige zu berücksichtigen und auch Daten als Orientierung für Umfang und Richtung der privaten Investitionstätigkeit setzen zu können. So wie die Dinge nun einmal bei uns liegen, wird der Bundesregierung jedoch nichts anderes übrigbleiben, als jeweils diejenige Alternative zu „wählen“, die sich zwangsläufig als einzig mögliche anbietet. Das bedeutet: da uns im Grunde nur das Wachstum unseres Sozialprodukts aus unserem Dilemma heraushelfen kann, werden wir vorläufig dem Wachstumsziel den Vorzug geben müssen, wenn uns auch die Gefahr, in eine „schneller schleichende Inflation“ zu geraten, von Zeit zu Zeit zwingen wird, die Entwicklung der kaufkräftigen Nachfrage und damit das wirtschaftliche Wachstum abzustoppen.

Im Lichte solcher Überlegungen sieht es so aus, als ob die Gefahr, zu viel von unserem Sozialprodukt an die Ausfuhr zu verlieren, nicht unser Problem in den nächsten Jahren sein wird — vorausgesetzt, daß die Preise im Ausland nicht aus ähnlichen Gründen schneller steigen werden als bei uns. Die Sorge unserer Außenhandelspolitik wird sich viel mehr auf die Frage richten müssen, ob wir die Importe so einsetzen können, daß sie Preissteigerungen entgegenwirken.

Unsere Bundesregierung wird also vor der schwierigen Aufgabe stehen, die Öffentlichkeit gleichermaßen von Inflationsfurcht wie von Furcht vor Arbeitslosigkeit und allgemeinen Absatzkrisen freizuhalten. Sie wird außerdem besonders das Wachstum derjenigen Wirtschaftszweige anregen müssen, deren Beiträge wir für die Aufgaben der nächsten Jahre in steigendem Maße brauchen. Sie wird das nicht durch Deklamationen und Appelle, wie es ihre Vorgängerin versucht hat, erreichen können. Sie wird ihre schwierige Gratwanderung nur durchhalten können, wenn sie sich unbeirrt diejenigen Wirkungsmittel verschafft, die sie für eine ausreichende Beweglichkeit und Durchsetzungsfähigkeit und dafür braucht, im Rahmen der vielberufenen „konzertierten Aktion“ nicht zuletzt den Sozialpartnern die notwendigen Entscheidungshilfen zu geben. Man kann nur hoffen, daß sie dabei nicht von denjenigen oppositionellen Kräften ernstlich behindert wird, die gegen eine „konzertierte Aktion“ schon deshalb etwas einzuwenden haben, weil sie meinen, die Tätigkeit eines Konzertdirigenten sei bereits zu viel Dirigismus.

*Heinz-Dietrich Ortlieb*

## **KONJUNKTUR VON MORGEN**

Jahresbezugspreis DM 90,— für das erste,  
DM 25,— für jedes weitere Exemplar

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des  
Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs über die  
Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106